

Sehr geehrter Herr Dr. Hölzer,

zunächst möchte ich Ihnen für Ihre Zuschrift und die darin geäußerten Anregungen danken. Die Ereignisse von Winnenden und Wendlingen haben uns alle betroffen und fassungslos gemacht. Inzwischen ist es leider zu weiteren Straftaten mit Waffen, z.B. auch in Eislingen, gekommen.

Die FDP befindet sich derzeit in der fachlichen Analyse dieser schrecklichen Vorkommnisse und der aktuellen Vorschläge der Koalition. Es bedarf einer sorgfältigen und genauen Untersuchung der Ursachen dieses Verbrechens. Die dahinterstehenden Probleme sind vielschichtig. Ein verantwortungsvoller und seriöser Lösungsansatz muss zahlreiche komplexe Fragestellungen behandeln.

Nach der schrecklichen Tat wurden viele schnelle Vorschläge für eine erneute Verschärfung des Waffenrechts in die Diskussion gebracht. Man muss sehr darauf achten, dass nicht durch vorschnelle Vorschläge wieder Erwartungen geschürt werden, die durch gesetzliche Regelungen, durch die Politik allein nicht eingehalten werden können. Das deutsche Waffenrecht wurde bereits nach dem Amoklauf in Erfurt zwei Mal verschärft und es ist bereits jetzt eines der strengsten der Welt. Leider hat auch ein solch strenges Waffenrecht den Amoklauf von Winnenden nicht verhindert. Kein Gesetz kann schützen, wenn es - wie in Winnenden z.B. bei der Aufbewahrungspflicht - nicht beachtet wird. Deshalb werden wir Handlungsoptionen sehr genau prüfen, inwieweit diese tatsächlich eine durchgreifende Verbesserung der Sicherheit bringen können. Uns erscheint es aber auch sinnvoll, dass zunächst verstärkt auf einen verbesserten Vollzug des bestehenden Rechts hingewirkt wird und den Ordnungsbehörden die dafür benötigten Mittel bereitgestellt werden.

Die FDP lehnt einen Generalverdacht und eine Vorverurteilung aller legalen Waffenbesitzer entschieden ab. Ein solcher Generalverdacht kann die Diskussion um die wirklichen Ursachen kriminellen Handelns nicht ersetzen. Nicht zuerst die Waffe ist das Problem, sondern der Mensch, der sie einsetzt. Nach Auskunft der Bundesregierung stammen darüber hinaus lediglich 2 bis 3 Prozent aller bei Delikten mit Schusswaffen eingesetzten Waffen aus legalem Besitz. Dies ist immer noch zu viel aber das Ziel muss es sein, zunächst den illegalen Waffenbesitz zu bekämpfen, von dem die überwiegend große Gefahr ausgeht. Deshalb fordert die FDP, den illegalen Waffenbesitz einzudämmen, indem eine Abgabe illegaler Waffen bis zum Stichtag 31.12.2009 straffrei gestellt wird. Die FDP-Bundestagsfraktion hat bereits einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht und hofft dabei im Interesse der Sicherheit auf die Unterstützung der anderen Fraktionen.

Die aktuell eingebrachten Vorschläge von SPD und CDU erscheinen mit sehr heißer Nadel gestrickt zu sein. Eine stärkere Kontrolle der Aufbewahrungspflicht erscheint sinnvoll, doch unter Beachtung des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Die Nachrüstung von biometrischen Schließsystemen für Waffenschränke erscheint unverhältnismäßig: auch ein biometrisch gesicherter Waffenschrank nutzt nichts, wenn die Waffen nicht darin aufbewahrt werden.

Jenseits aller politischer Vorschläge muss jeder von uns aber auch erkennen und eingestehen: wenn ein Mensch zu solch grausamen Taten entschlossen ist, dann können Gesetze leider oft nicht helfen. Als Gesellschaft und als Abgeordnete des Deutschen Bundestages müssen wir versuchen, solche Vorkommnisse so unwahrscheinlich wie möglich zu machen.

In erster Linie benötigen wir aber eine Kultur des stärkeren Hinsehens. Gewalt- und

Kriminalprävention brauchen einen höheren Stellenwert auch bei staatlichem Tun. Es muss besser wahrgenommen werden, wenn Kinder, Schüler oder Freunde sich absondern oder Probleme mit sich tragen. Das Entgegenwirken von Vereinzelungs- und Isolationstendenzen bei Personen ist eine bedeutende gesellschaftliche Aufgabe, auch und gerade vor Ort. Dies ist eine, nicht nur wegen der grausamen Tat in Winnenden und Wendlingen, sehr bedeutsame Zukunftsaufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, einschließlich der Politik.

Mit freundlichen Grüßen

Hartfrid **Wolff**

Hartfrid **Wolff**, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-75217
Telefax: 030/227-76217
www.hartfrid-wolff.de

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: briefkasten@dbt-internet.de [mailto:briefkasten@dbt-internet.de]

Gesendet: Dienstag, 28. April 2009 17:43

An: **Wolff** Hartfrid

Betreff: Waffenrechtsverschärfung

An: Hartfrid **Wolff** (Rems-Murr), FDP
Betreff: Waffenrechtsverschärfung